



23.050

**Familienzulagengesetz.
Änderung (Einführung
eines vollen Lastenausgleichs)**

**Loi sur les allocations familiales.
Modification (Introduction
d'une compensation intégrale
des charges)**

Differenzen – Divergences

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 21.09.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 14.12.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 27.02.24 (DIFFERENZEN - DIVERGENCES)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 15.03.24 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.03.24 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

**Bundesgesetz über die Familienzulagen und Finanzhilfen an Familienorganisationen
Loi fédérale sur les allocations familiales et les aides financières allouées aux organisations familiales**

Art. 28c

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Hegglin Peter (M-E, ZG), für die Kommission: Nach unserem Rat hat auch der Nationalrat die Einführung eines vollen Lastenausgleiches zwischen den Familienausgleichskassen gutgeheissen, und zwar mit 149 zu 40 Stimmen bei 5 Enthaltungen. Der Nationalrat beschliesst jedoch eine Differenz in der Übergangsbestimmung: Er will den Kantonen für die Einführung des Lastenausgleiches und für Massnahmen zur Steigerung von Effizienz und Effektivität drei Jahre Zeit geben. Unser Rat hatte entsprechend dem Entwurf des Bundesrates eine Frist zur Einführung von zwei Jahren gesetzt und keine zusätzlichen Massnahmen verlangt. Wir behandeln also heute diese letzte, kleine Differenz in Artikel 28c des Familienzulagengesetzes (FamZG).

Einleitend zu meinen Ausführungen möchte ich einen Hinweis der Redaktionskommission weitergeben: Sie bemängelte, dass in der Formulierung des Nationalrates nicht wirklich klar sei, ob die Frist von drei Jahren sowohl für die Anpassungen der kantonalen Gesetze als auch für die Einführung von Begleitmassnahmen zur Steigerung der Effizienz und Effektivität der Familienausgleichskassen gelte. Das Bundesamt für Sozialversicherungen hatte deshalb der Kommission einen Präzisierungsvorschlag unterbreitet. Das Amt schlug vor, die vom Nationalrat vorgesehenen Begleitmassnahmen nicht in der Übergangsbestimmung von Artikel 28c FamZG, sondern in einer neuen Bestimmung in Artikel 17 Absatz 3 zu regeln. In der Kommission fand dieser Vorschlag aber keine Mehrheit. Die Kommission wollte nicht überformalistisch sein und lehnte es mit 10 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung ab, eine neue, nur redaktionelle Differenz zum Nationalrat zu schaffen. Denn mit dem Formulierungsvorschlag der Verwaltung würde sich inhaltlich nichts ändern. Die Formulierung würde sich einzig nicht in Artikel 28c, sondern neu in Artikel 17 Absatz 3 finden.

Die vom Nationalrat vorgenommene Ergänzung ist ein Auftrag an die Kantone. Sie sollen die Effizienz und Effektivität steigern. Es sind aber keine Parameter definiert, die eingehalten werden müssten oder die vorgäben, wie vorzugehen wäre. Es versteht sich ja aber von selbst, dass die Kantone die Aufgaben nicht nur befristet, sondern grundsätzlich immer effizient und leistungsfähig umzusetzen haben. Das ist auch die klare Erwartungshaltung Ihrer Kommission. In diesem Sinne beantrage ich im Namen der Kommission, die Umset-



zungsfrist bei drei statt bei zwei Jahren anzusetzen und die Durchführungsstellen anzuweisen, weiterhin und immer effizient, effektiv und kostengünstig den Vollzug zu gewährleisten.

Mit 10 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung empfiehlt Ihnen die Kommission, dem Nationalrat zu folgen und die letzte Differenz in diesem Geschäft zu bereinigen. Es wurde kein Minderheitsantrag eingereicht.

Baume-Schneider Elisabeth, conseillère fédérale: Le rapporteur de la commission a été exhaustif et très précis. Je l'en remercie. Après que les deux conseils ont décidé d'imposer aux cantons une compensation intégrale des charges entre les caisses d'allocations familiales, il ne reste aujourd'hui sur la table que la question du délai transitoire pour la mise en oeuvre.

Alors que votre conseil avait suivi le message du Conseil fédéral visant à accorder aux cantons un délai de 2 ans pour adapter leurs législations, le Conseil national a, quant à lui, décidé de prolonger ce délai à 3 ans. Votre commission vous propose d'éliminer la divergence, et donc de suivre la version du Conseil national.

Je me permets d'attirer votre attention sur deux éléments: le premier concerne la prolongation de 2 à 3 ans du délai accordé aux cantons. Je précise volontiers que pour adapter cette législation, aucune règle relevant du droit fédéral ne s'y oppose; c'est donc tout à fait possible. Par contre, pour le deuxième élément concernant les mesures d'accompagnement, il convient de relever que la surveillance des caisses entre dans la compétence exclusive des cantons.

Ainsi, le Conseil fédéral a exprimé de manière générale et constante qu'il n'était pas nécessaire d'agir dans ce domaine, qui est de la compétence des cantons. Toutefois, avec la divergence mineure qu'il vous appartient aujourd'hui d'éliminer ou non, nous vous faisons confiance et estimons que le dossier est mûr pour la décision finale.

Angenommen – Adopté

Präsidentin (Herzog Eva, Präsidentin): Das Geschäft ist damit bereit für die Schlussabstimmung.